



Protokoll der Sitzung des Kantonsrats vom 19. Juni 2015

Vorsitz:

Eröffnung durch den abtretenden Kantonsratspräsidenten Reinhard Hans-Melk, Sachseln, und nach der Neuwahl Kantonsratspräsidentin Koch-Niederberger Ruth, Kerns.

Teilnehmende:

53 Mitglieder des Kantonsrats.

Entschuldigt abwesend die Kantonsratsmitglieder Durrer-Herger Hanny, St. Niklausen (Kerns) und Stalder Josef, Lungern.

5 Mitglieder des Regierungsrats.

Protokollführung und Sekretariat:

Frunz Wallimann Nicole, Ratssekretärin;

Zberg-Renggli Angelika, Sekretärin.

Dauer der Sitzung:

08.45 bis 11.50 Uhr.

Geschäftsliste

- | | |
|---|---|
| I. Eröffnung, Wahlerwahrung und Vereidigung | 1 |
| 1. Eröffnung durch den abtretenden Kantonsratspräsidenten Reinhard Hans-Melk, Sachseln. | 1 |
| 2. Wahlerwahrung von neuen Kantonsratsmitgliedern: Zumstein Thomas, Kägiswil (Sarnen) und Schäli Christian, Kerns (11.15.02). | 2 |
| 3. Leistung von Eid/Gelübde durch die neuen Kantonsratsmitglieder (12.15.02). | 2 |
| II. Wahlen | 2 |
| 1. Wahl der Ratspräsidentin für das Amtsjahr 2015/2016 (13.15.11). | 2 |
| 2. Wahl des Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2015/2016 (13.15.12). | 3 |
| Wahl der übrigen Mitglieder der Ratsleitung für das Amtsjahr 2015/2016 | 4 |
| 3. Wahl der ersten Stimmenzählerin (13.15.13). | 4 |
| 4. Wahl des zweiten Stimmenzählers (13.15.14). | 4 |
| 5. Wahl des dritten Stimmenzählers (13.15.15). | 4 |

- | | |
|---|----|
| 6. Eratzwahl in die Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA), ein Mitglied (Rücktritt Wechsler Peter, Kerns) (13.15.42). | 4 |
| 7. Wahl des Landammans für das Amtsjahr 2015/2016 (14.15.11). | 4 |
| 8. Wahl des Landstatthalters für das Amtsjahr 2015/2016 (14.15.21). | 5 |
| III. Gesetzgebung | 5 |
| 1. Aufhebung der Verordnung über die Schulgeldbeiträge an Schüler von Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II (26.15.04). | 5 |
| IV. Verwaltungsgeschäft | 7 |
| 1. Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) zum Jahresbericht des Laboratoriums der Urkantone (LdU) 2014 (32.15.08). | 7 |
| V. Parlamentarische Vorstösse | 11 |
| 1. Interpellation betreffend Ersatz Wärmeverbund Sarnen (54.15.02). | 11 |
| 2. Interpellation betreffend neue Regionalpolitik (NRP) Förderperiode 2016 bis 2019 (54.15.03). | 17 |

I. Eröffnung, Wahlerwahrung und Vereidigung

Eröffnung durch den abtretenden Kantonsratspräsidenten Reinhard Hans-Melk, Sachseln.

Nach dem gemeinsamen Gottesdienst eröffnet der abtretende Kantonsratspräsident, Reinhard Hans-Melk, Sachseln, die Sitzung.

Reinhard Hans-Melk, abtretender Kantonsratspräsident, Sachseln (FDP):

Traktandenliste

Ich stelle fest, dass die Einladung zur ersten Kantonsratssitzung des Amtsjahres 2015/2016 gemäss Artikel 2 Kantonsratsgesetz ordnungsgemäss einberufen wurde. Die Einladung und die Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt und veröffentlicht.

Der Traktandenliste wird nicht opponiert.

Provisorische Konstituierung:

Ich begrüsse Sie zur konstituierenden Sitzung im neuen Amtsjahr 2015/2016. Nach Artikel 2 des Kantonsratsgesetzes bestimmt der Vorsitzende vor der Konstituierung zwei Mitglieder als provisorische Stimmenzähler oder Stimmenzählerinnen. Diese bilden zusammen mit der Ratssekretärin bis zur vollständigen Konstituierung der Ratsleitung das Wahlbüro.

Als provisorische Stimmenzähler und Stimmenzählerin werden Bucher Josef, Kerns und Durrer Gerda, Kerns, bestimmt.

Ausstandsregelungen bei den Wahlen.

Ich gebe die Ausstandsregeln bekannt: Mitglieder des Kantonsrats haben gemäss Artikel 8 des Kantonsratsgesetzes bei Wahlen in den Ausstand zu treten, wenn sie selber oder eine ihnen nahe stehende Person, namentlich Ehe- und oder Lebenspartner, Verwandte oder Verschwägerte bis zum dritten Grad, Adoptiv-, Stiefeltern und -kinder, Bevormundete zur Wahl kommen.

Bei Vorliegen eines Ausstandsgrundes hat das betroffene Mitglied den Saal zu verlassen, ausgenommen wenn nur eine einzige Kandidatur vorliegt und diese nicht angefochten ist (Artikel 4 Absatz 1 und 2 Geschäftsordnung).

Ausstandspflichtige erhalten bei geheimen Wahlen keinen Wahlzettel. Im Zweifelsfalle entscheidet der Kantonsrat über die Ausstandspflicht.

11.15.02**Wahlerwahrung von neuen Kantonsratsmitgliedern: Zumstein Thomas, Kägiswil (Sarnen) und Schäli Christian, Kerns.**

Reinhard Hans-Melk, abtretender Kantonsratspräsident, Sachseln (FDP): Von den Gemeinden wurden für die auf Ende des vergangenen Amtsjahres ausgeschiedenen Mitglieder folgende Nachfolger als gewählt erklärt:

Sarnen: Thomas Zumstein

Kerns: Christian Schäli

Die Voraussetzungen für die Erwahrung dieser Nachwahlen sind erfüllt.

Die Ersatzwahlen werden diskussionslos erwahrt.

12.15.02**Leistung von Eid/Gelübde durch die neuen Kantonsratsmitglieder.**

Die neuen Kantonsratsmitglieder leisten den Amtseid.

II. Wahlen**13.15.11****Wahl der Ratspräsidentin für das Amtsjahr 2015/2016.**

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Ruth Koch-Niederberger, Kerns, SP-Fraktion, als Kantonsratspräsidentin des Amtsjahrs 2015/2016 gewählt.

Reinhard Hans-Melk, abtretender Kantonsratspräsident, Sachseln (FDP): Ich gratuliere Ruth Koch-Niederberger zur Wahl als neue Kantonsratspräsidentin.

Hans-Melk Reinhard gratuliert der neuen Ratspräsidentin und übergibt ihr die Ratsleitung.

Ratspräsidentin Koch-Niederberger Ruth, Kerns (SP): Die Wahl zur Kantonsratspräsidentin des Kantons Obwalden erfüllt mich mit grosser Freude und ehrt mich. Ich möchte mich bei Ihnen für diese Wahl und das mir entgegengebrachte Vertrauen ganz herzlich bedanken.

Ich werde mich in diesem Amtsjahr, wie es hier Brauch und üblich ist, mit meiner Meinung zurückhalten – auch wenn mir dies nicht immer einfach fallen wird.

Heute Morgen wurden wir in der Messe vom reformierten Pfarrer Michael Candrian und dem katholischen Pater Marian Wyrzykowski mit dem Thema «Glück» in unser neues Amtsjahr eingestimmt. Ich danke ihnen dafür herzlich.

Ich möchte diesen Faden, diesen Glücksfaden bei meinen Gedanken zum Amtsantritt aufnehmen. Ich hatte die Gelegenheit und auch das Glück, zusammen mit meiner Familie zwei Jahre in Südafrika in den frühen Neunzigerjahren zu leben. In einem Staat, der sich auf die ersten freien Wahlen vorbereitete. Es war ein Staat, in dem ein Teil der Menschen in für uns heute unvorstellbarer Weise benachteiligt worden ist. Es ist ein Land gewesen, das damit gerungen hat, den Menschen gleiche politische Rechte zu geben.

Ich hatte auch die Gelegenheit für ein Jahr in den USA zu leben, das zwar demokratisch ist, in dem aber die Mitbestimmungsrechte der Bürger begrenzt sind auf die Wahl von Parlamentsmitgliedern oder Wahlmännern. Diese Erfahrungen, die ich in Südafrika und in den USA machen durfte, haben mich geprägt. Zu sehen, wie in anderen Ländern mit der Demokratie und den demokratischen Rechten gerungen wird, machen mich dankbar für unser politisches System, für unsere Art Demokratie.

Wir sind in der glücklichen Situation, in einer funktionierenden direkten Demokratie zu leben. Wir haben das Glück, dass wir in unserem Land und in unserem

Kanton ein hervorragendes Gesundheitssystem haben und unseren jungen Menschen verschiedene Bildungswege zur Verfügung stehen. Wir sind dankbar für Unternehmen, die diesen jungen Leuten Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze bieten. Wir haben das Glück, in einem Kanton mit einer wunderbaren, eindrücklichen Landschaft und einer intakten Umwelt zu leben. Mit unseren Mitbestimmungsrechten können wir auf all diese guten Rahmenbedingungen positiv Einfluss nehmen.

Unser Mitbestimmungsrecht ist aber anstrengend für Mitbürger, für Regierungsmitglieder wie auch für uns im Parlament. Wir Parlamentarier sind ständig mit neuen, für uns bisher vielleicht unbekannten Fachgebieten konfrontiert. Es gilt jeweils die richtige Entscheidung zu treffen. Was ist richtig und was falsch? Darüber gehen oft die Meinungen auseinander. Es liegt in der Natur der Politik, dass die Meinungen auseinander gehen, dass es Konflikte und Widersprüche gibt. Unsere Aufgabe ist es, mit diesen Widersprüchen und Konflikten mit viel Weitsicht umzugehen. Unsere Aufgabe ist es, Entscheide zu treffen, die zum Wohl von Land und Leuten, das heisst auch zum Wohl der Schwächeren in unserer Gesellschaft sind. Die Entscheide müssen gefällt werden, mit dem Blick über den eigenen Tellerrand hinaus, unabhängig von Eigennutz und Einzelinteressen.

Wir haben das Glück und das Privileg, die Geschicke dieses Kantons, von Land und Leuten zu lenken. Machen wir das mit der uns anvertrauten Verantwortung. Ich freue mich auf diese neue Aufgabe als Kantonsratspräsidentin.

Diese Aufgabe kann ich dank dem grossen Verständnis meiner Familie ausüben; das heisst mein Mann Armin und meinen Kindern, die seit jeher für meine politische Arbeit und bei meinen verschiedenen Engagements Verständnis aufbringen. Insbesondere haben sie Verständnis aufgebracht für meine Abwesenheiten. Sie werden im kommenden Jahr besonders viele Abende, Samstage und Sonntage ohne mich verbringen. Ich danke euch, liebe Familie, für eure Unterstützung und Verständnis.

Ich danke auch meinen Eltern. Sie haben mich gelehrt, Ausdauer zu zeigen. Sie haben mir das Vertrauen gegeben, Neues anzupacken und Verantwortung für mein eigenes Tun zu übernehmen.

Bevor wir zum Ratsbetrieb zurückgehen, möchte ich auch allen herzlich danken, die diesen Tag mitgestalten: Ratssekretärin Nicole Frunz Wallimann, die Musik mit Ivan Bucher aus Kerns sowie Pirmin und Antonia Koster aus Giswil haben mit ihren Stücken den Tag heiter und lüpfig gestartet. Weiter danke ich der Gemeinde Kerns für die Organisation des Volksapéros, zu dem Sie herzlich eingeladen sind und meiner Partei, der SP Obwalden mit meiner Fraktionskollegin und

-kollegen, für die konstruktive Zusammenarbeit. Vielen herzlichen Dank an alle.

Nun wieder zurück zu Ihnen, geschätzte Ratsmitglieder, geschätzte Regierungsratsmitglieder. Schon jetzt möchte ich Ihnen für spannende Voten und einen fairen Umgang miteinander danken. Fair heisst, es soll um die Sache gehen und nicht auf die Frau oder den Mann gespielt werden.

Bevor wir mit dem regulären Betrieb starten, noch zwei organisatorische Änderungen. Als Ratspräsidentin steht es mir zu, bis zu einem gewissen kleinen Mass den Ratsbetrieb zu gestalten. Ab jetzt wird es Änderungen für die Ohren geben. Ich habe immer bezweifelt, dass unsere schrille Ratsglocke suvakonform ist. Deshalb habe ich nach einer Alternative gesucht und diese in der bescheidenen «Chlepfä» gefunden, die für die Ohren wesentlich verträglicher ist. Ab jetzt soll also diese «Chlepfä» zur Ruhe anhalten und falls Sie einmal nicht darauf reagieren, kann ich immer noch die schrille Glocke zur Hand nehmen.

Auch für die Augendeckel bin ich besorgt: Wir werden künftig regelmässig frische Luft hereinlassen, damit Sie weniger gegen den Schlaf ankämpfen müssen oder weniger vom Schlaf überwältigt werden. Darum wird sich die Landweibelin Hanna Mäder kümmern. Wenn nötig machen wir jeweils zwei Minuten Pause zum Stosslüften. Im Gegenzug zu diesen Verbesserungen bitte ich Sie, mir bei den Debatten nicht zu viele graue Haare zu verursachen.

Nun kann es losgehen. Ich wünsche für unsere Entscheidungen, für unsere parlamentarische Beratung eine glückliche Hand im Sinne des Sprichwortes: «Warte auf das Glück, aber vergiss nicht, ihm die Türen zu öffnen.» Ich freue mich auf dieses Jahr Amtsjahr 2015/2016. (Applaus)

13.15.12

Wahl des Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2015/2016.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Fallegger Willy, Alpnach, SVP-Fraktion, als Vizepräsident auf ein Jahr gewählt.

Wahl der übrigen Mitglieder der Ratsleitung für das Amtsjahr 2015/2016

13.15.13

Wahl der ersten Stimmzählerin.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Keiser-Fürer Helen, Sarnen, CSP-Fraktion, als erste Stimmzählerin auf ein Jahr gewählt.

13.15.14**Wahl des zweiten Stimmzählers.**

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Wälti Peter, Giswil, CVP-Fraktion, als zweiter Stimmzähler auf ein Jahr gewählt.

13.15.15**Wahl des dritten Stimmzählers (geheim).**

Ratspräsidentin Koch-Niederberger Ruth, Kerns (SP): Die Wahl findet nach Artikel 12 Absatz 2 der Geschäftsordnung wegen der erstmaligen Einsitznahme in die Ratsleitung im geheimen Verfahren statt.

Vorgeschlagen ist gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen Wallimann Reto, Alpnach Dorf, von der FDP-Fraktion.

Ergebnis der geheimen Wahl:

<i>Ausgeteilte Stimmzettel</i>	52
<i>Eingelegte Stimmzettel</i>	52
<i>Ungültige Stimmzettel</i>	1
<i>Gültige Stimmzettel</i>	51
<i>Absolutes Mehr</i>	26
<i>Leere Stimmzettel</i>	1

Stimmen haben erhalten:

<i>Wallimann Reto</i>	50
-----------------------	----

Wallimann Reto ist als dritter Stimmzähler auf ein Jahr gewählt.

Die Ratsleitung ist somit vollständig. Die Neugewählten nehmen ihren Platz ein.

13.15.42**Ersatzwahl in die Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA), ein Mitglied (Rücktritt Wechsler Peter, Kerns).**

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Wyrch Walter, Alpnach, CSP-Fraktion, als neues Mitglied der KSPA gewählt.

14.15.11**Wahl des Landamanns für das Amtsjahr 2015/2016.**

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird der bisherige Landstatthalter Bleiker Niklaus, Alpnach, CVP-Fraktion, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, auf ein Jahr als Landammann gewählt.

Bleiker Niklaus, Landstatthalter (CVP): Als erstes habe ich die angenehme Aufgabe, Ihnen, Frau Präsidentin, im Namen des Gesamtregierungsrats ganz offiziell zu Ihrer ehrenvollen Wahl ganz herzlich zu gratulieren. Mit der Gratulation verbinde ich die besten Wünsche für die Ausübung dieser verantwortungsvollen Aufgabe, viel Kraft und noch mehr Zeit, aber auch eben so viel Freude und Genugtuung und im Besonderen viele spannende und nachhaltige Begegnungen im Verlaufe Ihres Amtsjahres, welches – dem Zentralschweizerischen Jodlerfests sei Dank – für Sie 53 statt nur 52 Wochen dauert.

Sie haben mich vor ein paar Minuten zum Landammann für das Amtsjahr 2015/16 gewählt. Ich danke Ihnen dafür herzlich. Wobei «Wahl» eigentlich nicht das richtige Wort ist, weil das Amt des Landamanns entsprechend einem Turnus besetzt wird und meine Wahl somit unvermeidlich und voraussehbar war. Nichtsdestotrotz freue ich mich sehr darüber und hoffe natürlich zuversichtlich, dass Sie durch diesen Wahlmodus in Ihrem freien Wahlwillen nicht zu stark beeinträchtigt waren. Ich darf dieses Amt bereits zum dritten Mal wahrnehmen – daraus kann man ableiten, dass ich bereits länger als Regierungsrat tätig bin oder «an Jahren» älter bin, oder beides. Es ist übrigens beides. Deshalb weiss ich einigermaßen, was auf mich zukommt. Ich weiss, es geht nicht nur um Ehre, sondern diese Wahl ist auch mit Verpflichtungen verbunden. In diesem Sinne verhehle ich nicht, dass ich vor diesem Amt immer grossen Respekt habe. Aber die Freude überwiegt. Ich werde die mit der Aufgabe verbundene zusätzliche Herausforderung anpacken und mein Möglichstes tun, um das Landammannamt zum Wohle von Land und Volk von Obwalden bestmöglich auszuüben. Ich freue ich mich dabei auf eine gute, erspriessliche und von gegenseitigem Respekt sowie Vertrauen geprägte Zusammenarbeit mit Ihnen.

Nach 11-jähriger Tätigkeit als Regierungsrat erlaube ich mir, feststellen zu dürfen, dass ich über eine gewisse politische Erfahrung verfüge. Erlauben Sie mir diesbezüglich deshalb zwei Bemerkungen:

1. Es ist mir ein echtes Anliegen und ich werde mich dafür einsetzen, dass auch künftig unsere demokratischen, staatlichen Gewalten je in ihren Rollen gestärkt werden. Das heisst, dass Kantonsrat und Regierungsrat sich in den von der Verfassung vorgegebenen Rollen gegenseitig respektieren. Für uns als Regierungsrat heisst dies, dass wir den gesetzgeberischen, Ihren und den Willen des Volkes, in der Umsetzung beim Erlass von Verordnungen und Ausführungsbestimmungen respektieren. Für Sie als Kantonsrätin oder Kantonsrat heisst das, dass Sie anerkennen, dass es Bereiche gibt – vor allem im operativen Bereich – die explizit der Exekutive vorbehalten sind; dem

Regierungsrat. Es wird aber, da bin ich sicher, immer wieder Geschäfte geben, wo wir uns – wohl auch gegenseitig – an diese klar vorgegebene Rollenteilung erinnern werden müssen. Vielleicht schon heute, bei einem der nachfolgenden Geschäfte. Dabei geht es nicht darum Macht auszuüben oder die jeweils andere Gewalt zu schwächen, sondern darum, dass jeder das tun soll, was die Verfassung vorsieht. Das heisst, wenn eine Aufgabe operativ ist, bleibt sie es auch, egal ob und wie lange man darüber diskutiert oder nicht. Dasselbe gilt, wenn eine Rolle der Legislative vorbehalten ist, ob es uns von vom Regierungsrat passt oder nicht.

2. Es ist mir aufgefallen, dass der Ton und die Art zu diskutieren sich in diesen 11 Jahren, in denen ich hier auf der Regierungsbank sitzen darf, doch etwas geändert hat. Wobei es richtig ist, dass in der Sache hart diskutiert wird, das ist der Auftrag eines Parlamentes und macht die Arbeit für Sie und uns spannend. Ich meine aber doch festgestellt zu haben – und jetzt versuche ich das politisch korrekt zu formulieren –, dass vermehrt massgebliche Voten nicht immer im Interesse oder im Sinne der Gesamtsicht unseres Kantons erfolgen. Sie erfolgen vermehrt aus der Sicht der Gemeinden und aus der Sicht aus dem persönlichen beruflichen Alltag und dies vielfach auch erfolgreich. Das stimmt mich nachdenklich, oder besser gesagt, ich habe grossen Respekt davor, weil es nicht die Dame und die Herren hier in der ersten Bank sind, die alleine die Interessen des Kantons wahrzunehmen haben. Sondern Sie, Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind mit uns in der Verantwortung. Wir alle hier im Saal sind dem Kanton verpflichtet und verantwortlich, was in Obwalden geht. Wir sind verpflichtet die Gesetze möglichst schlank umzusetzen, um mit unseren Finanzen ins Lot zu kommen und alle Gemeinden gleich zu behandeln. Gerade im Hinblick auf kommende KAP-Diskussionen wäre diese Rückbesinnung wichtig und unabdingbar, sonst wird es uns nie gelingen, die hohen – aber zwingend notwendigen – finanziellen Ziele zu erreichen. An Ihnen liegt es, Sie sind verantwortlich dafür, dass in diesem Saal Entscheide für den Kanton getroffen werden, die uns den Weg für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft ebnen.

«Über die eignige Nasä us g'see, ist fast wi ä Wältreis», dies ist eine Weisheit von Julian Diller. Wenn ich den Kopf hebe, über die eigene Nase und den Kanton hinausschaue und feststelle:

- In Südeuropa finden mehr als die Hälfte aller unter 30-jährigen keine Arbeit mehr;

- In der Ukraine herrscht ein Bürgerkrieg, der täglich Tote fordert, aber bei uns kaum mehr zur Kenntnis genommen wird.
- Täglich ertrinken hunderte von Flüchtlingen im Mittelmeer, ohne dass wir effektiv etwas dagegen tun können – und übrigens, auch Wirtschaftsflüchtlinge sind Menschen; dann erscheinen mir die erwähnten zwei Anliegen geradezu als banal.

In diesem Sinne wäre es deshalb vielleicht gelegentlich angebracht, bei anstehenden Problemen oder Diskussionen jeweils gemeinsam den Kopf zu heben um über unsere Nasenspitze hinaus zu schauen. Damit wir gemeinsam feststellen, wie einfach doch unsere Probleme im Gesamtzusammenhang sind, und wie wunderschön wir es doch hier in Obwalden haben. Tragen wir gemeinsam Sorge dazu, dass es auch so bleibt. Ich danke Ihnen dafür.

14.15.21

Wahl des Landstatthalters für das Amtsjahr 2015/2016.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Enderli Franz, CSP-Fraktion, Kerns, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements, auf ein Jahr als Landstatthalter gewählt.

Ratspräsidentin Koch-Niederberger Ruth, Kerns (SP): Ich orientiere Sie über die Konstituierung der Fraktionen:

CVP-Fraktion:	Omlin Lucia, Sachseln (bisher)
SVP-Fraktion:	Wyler Daniel, Engelberg (bisher)
FDP-Fraktion:	Limacher Christian, Alpnach (bisher)
CSP-Fraktion:	Dr. Spichtig Leo, Alpnach (bisher)
SP-Fraktion:	Rötheli Max, Sarnen (bisher)

III. Gesetzgebung

26.15.04

Aufhebung der Verordnung über die Schulgeldbeiträge an Schüler von Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II.

Botschaft und Antrag des Regierungsrats vom 3. März 2015.

Eintretensberatung

Enderli Franz, Regierungsrat (CSP): Wir kommen zu einem nicht alltäglichen Traktandum: Wir heben eine Verordnung auf.

Vieles verändert und wandelt sich in der Bildungslandschaft. Ich nutze die Gelegenheit die Situation zu erklären. Im Jubiläumsbuch «200 Jahre Engelberg bei Obwalden» hat der Stiftsarchivar vom Kloster Engelberg einen Artikel über «kostenfreien Schüler» geschrieben. Er schrieb darin, wie das Kloster im Kontext von Ob- und Nidwalden mit solchen Schülern umgegangen ist. Letztlich geht es hier genau um dieselbe Angelegenheit. Als Engelberg vor 200 Jahren bei Nidwalden war, hat das Kloster sechs Plätze in der Klosterschule für Nidwaldner Schüler reserviert. Der Kanton Nidwalden hat dies mit dem Kloster ausgehandelt. Als Engelberg im Jahr 1815 zu Obwalden stiess, hat Obwalden mit dem Kloster ausgemacht, dass auch eine Anzahl Obwaldner Schüler im Kloster die Ausbildung geniessen können. Das war sowohl für Obwalden, wie auch für das Kloster wichtig.

Ich lese dazu einen kurzen Text aus dem neuen Jubiläumsbuch «200 Jahre Engelberg bei Obwalden» vor: «Am 21. Oktober 1815 meldete der Obwaldner Landammann Ignaz Stockmann dem Abt folgende drei Stipendiaten für das kommende Schuljahr: Josef Leonz Stockmann aus Sarnen, Ignaz Alois von Deschwanden aus Kerns und Joseph Ignaz Spichtig aus Sachseln. Zwei Tage später bedankte er sich in einem persönlichen Brief dafür, dass die Stipendiaten – unter denen auch sein Sohn war – fortan «das grosse Glück geniessen können, die wahre Frömmigkeit und die schönen Wissenschaften sich bestens anzueignen». Anders als bei den ersten Nidwaldner Stipendiaten fühlte sich keiner der Obwaldner vom Heimweh geplagt. Sie verbrachten das ganze Schuljahr in Engelberg. Spichtig sollte später Pfarrer in Kerns und Stockmann Gerichtsschreiber in Sarnen werden.»

Das ist ein Vorgänger der Thematik, welche wir heute behandeln. Es sind erste Zeugnisse, wie der Kanton mit solchen Abkommen den Zugang in Bildungsinstitutionen geschaffen und geregelt hatte. Mit den Schulabkommen regelt man den Zugang unserer Schüler zu anderen auswärtigen Institutionen. Gleichzeitig wurde auch das Schulgeld geregelt. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurden durch verschiedene Konkordate zwischen Kantonen und auch einzelnen Institutionen Vereinbarungen getroffen. Vor allem weil viele Schüler auswärtige Institutionen besuchen wollten, wurde dies ein vielfältiges Netz. Sei es für Mittelschulen, Lehrerseminare damals und danach für Fachschulen.

Die vorliegende Verordnung datiert aus dem Jahr 1988. Seither wurde diese einige Male angepasst und geändert. Weshalb brauchen wir diese nicht mehr? Parallel wurden in den letzten Jahrzehnten viele regionale

und nationale Schulabkommen abgeschlossen. Die wichtigsten Abkommen sind:

- Das regionale Schulabkommen unter den sechs Zentralschweizer Kantonen: Der Kanton Obwalden ist 1993 beigetragen und 2011 hat der Regierungsrat dieses Abkommen gemäss dem Bildungsgesetz wieder erneuert.
- Die Berufsfachvereinbarung: Das ist die schweizweite Berufsschulregelung. Damit haben alle Lernenden Zugang zu den Berufsschulen. Dieser Vereinbarung ist der Kanton Obwalden im Jahr 2007 beigetreten.
- Ein Abkommen mit dem Kloster Engelberg: Dank dieser Vereinbarung können die Engelberger Schüler im Kloster die Schule besuchen. Gleichzeitig, wird der Betrag festgelegt, den der Kanton dem Kloster zahlen muss.
- Auf der tertiären Ebene haben wir die Universitätsvereinbarung, die Fachhochschulvereinbarung und die höhere Fachschulvereinbarung, welchen der Kanton 1998, 1999 beziehungsweise im Jahr 2012 beigetreten ist.

Damit haben wir die Finanzierung und Freizügigkeitsregelung getroffen und können diese Institutionen gleichberechtigt nutzen. Das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt. Dies möchte ich bei dieser Gelegenheit erwähnen.

In der Botschaft haben Sie entnehmen können, dass die Verordnung über Schulgeldbeiträge an Schüler von Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II hinfällig wurde. Der Aufwand, für die Differenz Beiträge einzuziehen, ist eigentlich grösser als der Ertrag.

In der Ratsleitung hat man entschieden, dass keine Kommission gebildet wird. Ich habe Heidi Brücker-Steiner, der Kommissionspräsidentin der Bildungskommission, diese Vorlage vorgelegt. Sie hat die Vorlage den Mitgliedern der Kommission zur Kenntnisnahme zugestellt. Es wurde befunden, dass für dieses Geschäft keine Kommissionssitzung einberufen werden muss und man diesem Entscheid zustimmen kann.

Ich danke Ihnen, wenn Sie der ersatzlosen Streichung dieser Verordnung zustimmen.

Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.

Detailberatung wird nicht benutzt.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: Mit 52 Stimmen ohne Gegenstimme wird der Aufhebung der Verordnung über Schulgeldbeiträge an Schüler von Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II zugestimmt.

IV. Verwaltungsgeschäft

32.15.08

Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) zum Jahresbericht des Laboratoriums der Urkantone (LdU) 2014.

Bericht der IGPK vom 7. Mai 2015.

Eintretensberatung

Bucher Josef, Referent der IGPK, Kerns (CVP): Der vorliegende Jahresbericht gibt Rechenschaft über die ausgeführten Arbeiten des Laboratoriums der Urkantone (LdU) und leistet so einen Beitrag zur Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung. Der Umfang vom Jahresbericht entspricht etwa jenem des Vorjahrs. Die Jahresrechnung inklusive Erläuterungsbericht und Bericht der Revisionsstelle wird nach CH-GAAP-Fer dargestellt.

Personalmutationen:

- Die Schwyzer Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbacher ist neu Aufsichtskommissionspräsidentin. Regierungsrat Hans Wallimann hat Mitte 2014 das Präsidium abgegeben.
- Kantonstierarzt Dr. med. vet. Josef Risi ist nach 25 Jahren in Pension gegangen. Auf Seite neun des Jahresberichtes erzählt er von «der guten alten Zeit». Neu hat am 1. Februar 2015 Dr. med. vet. Andreas Ewy seine Nachfolge als Kantonstierarzt übernommen.

An der Kommissionssitzung der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) des Laboratoriums der Urkantone vom 20. April 2015 begrüßte sie die Form und den Inhalt des Jahresberichtes. Inhaltlich wurden verschiedene Fragen gestellt und beantwortet.

Lebensmittelkontrollen nach ausländischem Recht: Aus den Konkordatskantonen werden fast ausschliesslich Milch- und Fleischprodukte sowie Säuglings-Anfangsnahrung nach China und Russland exportiert.

Wie entsteht Ethylcarbamat? Massgeblich beteiligt an der Bildung von Ethylcarbamat ist Blausäure, die natürlicherweise in gebundener Form in Samen von Stein- und Beerenobst vorkommt. Bei sachgemässer Zubereitung der Maische sowie Anwendung geeigneter Brennverfahren lässt sich die Entstehung von Ethylcarbamat in dem fertigen Destillat minimieren. So kann der Richtwert von 0,4 Milligramm Ethylcarbamat pro Liter Schnaps auch eingehalten werden.

Badewasserqualität in See- und Flussbädern: Im letzten Sommer ist eine Zunahme der Entenflöhe beobachtet worden. Die Hohe Population der Entenflöhe

ist mit den lang andauernden Regenfällen zu begründen.

Einsprachen. Was passiert bei Kostenvorschuss bei Einsprachen? Soll aufgrund von festgestellten Mängeln, eine Mängelbehebung durch den Kantonstierarzt verfügt werden? Wird in den meisten Fällen zunächst eine Beanstandung mit Feststellung des Sachverhalts den Betroffenen zugestellt? Damit wird dem Verfügungsadressat auch die Möglichkeit zum rechtlichen Gehör zu den festgestellten Mängeln gewährt. Erhebt der Verfügungsadressat danach Einsprache, wird zur weiteren Bearbeitung ein Kostenvorschuss erhoben, der sich nach der Höhe der Verhältnismässigkeit richtet. Der Kostenvorschuss wird für Anwendungen genutzt, die der Einspracheentscheid verursacht. Einsprachen erfolgen vor allem im Bereich des Tierschutzes und häufig unter Zuhilfenahme eines Rechtsanwalts. Dies verursacht externe Kosten.

Jahresrechnung: Aufgrund der PRRS-Seuche im Kanton Uri stieg der Warenaufwand gegenüber dem Vorjahr um Fr. 207 000.-, was circa 10 Prozent entspricht. Die Personalaufwände sind gegenüber dem Vorjahr um Fr. 221 000.- gestiegen. Grund dafür sind zwei schwere Krankheitsfälle. Weil das LdU über keine Taggeldversicherung verfügt sind diese Kosten nicht von der Versicherung gedeckt. Das LdU lässt zuhänden der Aufsichtskommission eine Offerte für eine Taggeldversicherung erstellen. Im Weiteren belief sich die Abgrenzung der Überstunden auf Fr. 77 000.- und die Übernahme eines Dienstleistungsvertrages in ein Angestelltenverhältnis des Abwärts der Kadaverstelle betrug Fr. 60 000.-.

Verwendung des Bilanzgewinnes. Das LdU hat sein Geschäftsjahr mit einem Bilanzgewinn von Fr. 225 000.- abgeschlossen. Wie bereits im Vorjahr wurde der Bilanzgewinn gemäss Konkordatsschlüssel den Konkordatskantonen ausgeschüttet.

Aktuelle Themen der Mitglieder der IGPK

Tierseuche IBR (Infektiöse bovine Rhinotracheitis): Wo befindet sich hier die Schwachstelle beim Import von Tieren hauptsächlich aus Österreich? Wo findet die Quarantäne statt?

Österreich ist wie auch die Schweiz gemäss Weltorganisation für Tiergesundheit anerkannt frei von IBR, einer Viruserkrankung bei Rindern. Importe von Grauvieh wurden nicht auf IBR untersucht. Über vermutlich illegale Importe aus Italien wurde ein Fall registriert. Über diesen Grossviehhändler in Österreich wurden Rinder in die Schweiz, aber auch nach Bayern und Südtirol exportiert. Die Österreichischen Veterinärbehörden haben sofort nach Bekanntwerden der Infektion die betroffenen Importländer informiert. Bei jedem Import von Nutztieren wird gemäss den Weisungen des Bundes eine Absonderung (Quarantäne) verfügt, bei der frühestens drei bis vier Wochen der Absonderung eine

amtstierärztliche Kontrolle der Importtiere durchgeführt wird. Für den Absonderungsstandort gelten durch den Bund definierte spezielle Vorschriften (räumliche Trennung der Importtiere, Desinfektion, Meldepflicht des Betreuers bei auftretenden Krankheiten, etc.).

Bedrohung Inspektoren

Auf Nachfrage der IGPK wurden Beispiele von Bedrohungssituationen gegenüber den Kontrolleuren und Amtstierärztinnen besprochen. Diese betreffen grundsätzlich alle Kontrollen des Laboratoriums, vor allem aber die landwirtschaftlichen Kontrollen im Bericht des Tierschutzes und der Vererinärkontrollen. Die Amtstierärzte und -ärztinnen sind geschult, um mit schwierigen Kontrollsituationen umgehen zu können. Der Vorwurf seitens der betroffenen Landwirte zielt meist auf mangelnde Sachkompetenz, zum Teil auch auf mangelnde Fachkompetenz. Damit wird von der eigentlichen Mangelfeststellung abgelenkt. Zusätzlich sehen sich die Verantwortlichen oftmals in der Opferrolle und kompensieren so den Druck zur Behebung der festgestellten Mängel. Das LdU wünscht sich von den Vertretern der Landwirtschaft, dass zwar ein allfälliges Fehlverhalten der Kontrolleure dem LdU gemeldet aber auch selbst ein respektvoller Umgang mit den Kontrollorganen gepflegt wird. Für das Image der Landwirtschaft zur Bevölkerung ist es wesentlich dienlicher, wenn Kontrollen zum Nachweis der minimalen gesetzlichen Anforderungen proaktiv begrüsst würden. Das LdU ist an sachlich korrekten Rückmeldungen interessiert und wird diese auch weiter bearbeiten.

Schlussbeurteilung

Der Jahresbericht entspricht in der vorliegenden Form der vollständigen Abbildung der Jahresrechnung und den Vorstellungen der Kommission. Der IGPK LdU wurden die Aufsichtskommissions-Protokolle vorgängig zugestellt. Sämtliche Informationen des LdUs wurden offen und transparent dargelegt. Es ergeben sich keine Kritikpunkte zur Geschäftstätigkeit des LdUs. Die IGPK dankt allen Angestellten für ihre engagierte Tätigkeit zugunsten der vier Urkantone.

Die IGPK LdU beantragt dem Parlament der Urkantone vorliegenden Bericht zur Geschäftsprüfung zur Kenntnis zu nehmen.

Rötheli Max, Sarnen (SP): Das Labor der Urkantone ist unter anderem mit Kontrollaufgaben beauftragt, welchen unzählige Bundesgesetze zugrunde liegen. Immer schärfere Gesetzesvorschriften führen unweigerlich zu immer schärferen Massnahmen. Das musste auch die Gemeinde Sarnen vor kurzem mit einer Verfügung des LdUs erfahren. In der Sarnen Badeanlage betreiben wir eine beliebte Wellenrutschbahn, die wie es auch bei anderen Badeanlagen praktiziert wird, mit Seewasser betrieben wird. Eigentlich ist das kein Problem. Man geht auch im Seewasser direkt im See

baden. Unsere Wellenrutschbahn ist seit Jahren erfolgreich im Einsatz und hat nie zu Problemen oder Unfällen geführt.

Falsch gedacht – Jetzt darf aufgrund neuer gesetzlicher Vorschriften diese Wellenrutschbahn nicht mehr mit Seewasser betrieben werden. Wir sind nun verpflichtet, bei dieser Rutschbahn eine Wasseraufbereitungsanlage zu erstellen. Kostenpunkt beträgt eine halbe Million Franken. Also nicht etwa für eine neue Rutschbahn, sondern nur für die Wasseraufbereitung. Stellen Sie sich das vor!

Da mache ich mir grosse Gedanken, wohin solche Gesetzesvorschriften führen. Im See darf jeder baden – Uneingeschränkt, aber eine Rutschbahn darf nicht mehr mit Seewasser betrieben werden. Dafür habe ich kein Verständnis mehr und dieser Unmut ist auch in der Bevölkerung zu spüren.

Das LdU muss solche Gesetzesvorschriften anwenden. Da ist es umso wichtiger, dass ein allfälliger Spielraum bei der Auslegung der Gesetze durch das LdU zugunsten der Kunden voll ausgeschöpft wird. Ich erwarte dies vom Labor der Urkantone.

Amstad Christoph, Sarnen (CVP): Es ist wahnsinnig. Es muss eine halbe Millionen Franken investiert werden, weil das LdU ein Reglement neu angepasst hat oder ein neues Gesetz eingeführt wurde. Vorher hat alles prima funktioniert. Es werden sogar noch weitere Kosten verursacht. Die Gemeinde muss nun wöchentlich Wasserproben nehmen und diese einschicken. Das verursacht zusätzliche Kosten von rund Fr. 100.– pro Analyse und Transportkosten. Das steht in keinem Verhältnis und ist völlig unverständlich. Jährlich sterben über drei Millionen Kinder infolge von Hunger und Mangelernährung und wir verlocken eine halbe Million Franken, weil das Laboratorium der Urkantone ein neues Reglement erlassen hat.

Wie erwähnt, war es bisher unbedenklich über diese Rutschbahn zu rutschen und nun soll es plötzlich nicht mehr möglich sein? Wie soll ich dies meinen Kindern erklären? Im See dürfen sie unbedenklich baden gehen, aber nun soll das Wasser auf der Rutschbahn plötzlich gefährlich sein? Leider ist es heute so, dass wir überall neue Richtlinien und Gesetze schaffen, weil immer weniger Leute bereit sind Verantwortung zu übernehmen. Ich wünsche mir, das Leben wäre wieder viel einfacher. Im Namen vieler Kinder danke ich der Gemeinde Sarnen, dass sie zwar zähneknirschend diese Umrüstung trotz der hohen Kosten vornimmt. Es ist mir klar, dass das LdU einen Leistungsauftrag hat und tut was es muss. Aber irgendwo hat es Grenzen. In diesem Fall wurden die Grenzen überschritten und es ist mir nicht mehr ums Lachen.

In dieser Angelegenheit warten wir auf das Glück, aber die Türe können wir nicht selber öffnen. Ein Zeichen

können wir trotzdem setzen. Ich werde dem Jahresbericht vom LdU nicht zustimmen und mich der Stimme enthalten. Ich fordere Sie auf, ebenfalls ein Zeichen zu setzen.

Reinhard Hans-Melk, Sachseln (FDP): Die FDP-Fraktion wird diesem Bericht zustimmen und zur Kenntnis nehmen. Wir haben uns an der Fraktionssitzung länger über dieses Thema unterhalten. Wir kamen zum Schluss, dass es für uns als Adressat dieses Berichts schwer zu erkennen ist, inwiefern die IGPK sich kritisch mit dem Jahresbericht 2014 und kritisch mit dem LdU auseinandergesetzt hat. Speziell im vergangenen Jahr fanden diverse Diskussionen statt. Insbesondere aus diesem Grund hätten wir erwartet, dass eine klare tiefgründige kritische Auseinandersetzung im Bericht zu erkennen ist. Die FDP-Fraktion erwartet zukünftig, dass verantwortungsvollere kritische Arbeit von der IGPK generell und von unseren beiden Vertretern aus dem Parlament Obwalden gemacht wird. Allenfalls werden wir uns im nächsten Jahr auch der Stimme enthalten.

Seiler Peter, Sarnen (SVP): Ich pflichte meinen Vordnern bei. Ich stelle fest, dass mittlerweile der Unmut über das LdU über die landwirtschaftlichen Kreise hinaus geht. Das erstaunt mich nicht. Die Verhältnismässigkeit ist ein Prinzip, das in dieser Institution immer noch nicht richtig eingeordnet wird. Es ist sogar, wenn man die Rückmeldungen des letzten Jahres ernst nimmt, eher noch in die falsche Richtung gegangen. Im 2014 ist der Kontrollanteil Intervall auf 25 Prozent der Betriebe gestiegen oder man kann auch sagen, alle vier Jahre eine Kontrolle. Das zeigt sich insbesondere auf Seite 36 des Berichts. Bei der Inspektion Hygiene Milchproduktion, Inspektion Primärkontrolle haben wir einen sprunghaften Anstieg der Beanstandungen. Man könnte meinen, dass es um die Milchproduktion schlecht stehe. Nein, es ist nur, weil die Kontrollintervalle gestiegen sind. Es sind vor allem Bagatelldfälle. Es geht zum Beispiel darum, dass in einem Milchraum eine Hygienebeschichtung oder Plättli an die Kalksandsteinwand abgebracht werden müssten. Auch wenn der Betrieb seit Jahren beste Milch abliefern. Es wird einfach durchgesetzt. Im letzten Jahr habe ich dies bereits erwähnt. Man muss dies immer wieder wiederholen bis es ankommt. Bei jedem Betrieb wird bei der Milchabholung eine Probenahme gemacht und jeden Monat wird von jedem Betrieb diese nach Keimen und Zellzahlen ausgewertet. Ob eine Milch hygienisch oder nicht hygienisch produziert wird, wissen wir mittlerweile. Das hat nicht allzu viel mit den baulichen Zuständen zu tun, sondern wie gearbeitet wird. Wenn man die Arbeitsweise kontrollieren möchte, was nun wahrscheinlich die Idee wäre, müsste man noch mehr kontrollie-

ren und dabeistehen und schauen wie das Milchgeschirr gewaschen wird und wie gemolken wird. Das wäre vielleicht noch die Steigerungsform der heutigen Kontrollen.

Ich glaube so weit wollen wir nicht und können wir auch nicht gehen. Die monatliche Kontrolle bestraft den Produzenten, wenn er nicht sauber arbeitet, empfindlich über den Milchpreis bis hin zu einer Milchsperrung. Das ist auch richtig so. Es ist nicht verständlich, warum man immer wieder auf Details in Milchräumen beharrt, bei Betrieben, welche beste Milchqualität abliefern und dafür Diplome erhalten haben. Das ist auch nicht mit der Tierschutzkontrolle zu vergleichen. Dort ist klar, ein Fleischstück kann sensorisch, chemisch in Ordnung sein, aber das Tier hatte eine schlechte Haltung. Dort sind Betriebskontrollen angesagt. Bei der Milchproduktion ist es nicht einsehbar, vor allem nicht in dieser Menge. Ich erinnere an das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP). Ich weiss, dass dies ein Konkordat ist, aber wir müssen darauf hinwirken, dass die Kontrollintervalle wieder vermindert werden. Auch wenn dies über ein Bundesgesetz bestimmt ist. Wir müssen nun die Verhältnismässigkeit wieder finden.

Wir haben beim LdU viele Kontrolleure und insbesondere eine Kontrolleurin. Sie ist über Jahre hinweg immer negativ aufgefallen und es hat oft Reklamationen gegeben. Es ging nun soweit, dass die Bauernvereinigung des Kantons Schwyz einen Brief an die Geschäftsleitung gesandt hat, die Kontrolleurin von der Front abziehen. Die Kontrolleurin kommt gerne um halb zwölf auf einen Betrieb, führt eine ausführlichste Kontrolle durch und hält den Betriebsleiter von den Arbeiten ab. Sie reitet auf Sachen herum, welche überhaupt nicht relevant sind. Die menschliche Komponente lässt die Qualität vermissen. Bei den sogenannten «Runden Tischen» hat sich die Landwirtschaft vermehrt eingebracht. Das LdU hat Besserung versprochen, jedoch ist nichts passiert. Ich bitte einmal mehr, dass die IGPK kritisch hinschaut und kritische Fragen stellt. Ich bin sehr froh, dass die IGPK neuerdings mit einer kritischen Person aus dem Kanton Nidwalden vertreten ist und versucht Missstände aufzudecken. Dieser Vertreter hat es in dieser Kommission nicht einfach, ist aber sehr motiviert. Weil wir von der SVP-Fraktion immer noch keine nennenswerten Verbesserungen feststellen, werden wir uns auch in diesem Jahr aus Protest der Abstimmung enthalten. Insbesondere wenn ich höre, was über die Badewasserqualität berichtet wird, kann man einem solchen Bericht und Institution nicht zustimmen.

Wyrsch Walter, Alpnach Dorf (CSP): Ich kann zur Situation der Landwirtschaft und des Badewassers nicht

Stellung nehmen. Ich würde gerne als Konsument ein paar Bemerkungen anbringen.

Am letzten Wochenende las ich den ganzen Bericht. Als Konsument bin ich froh, dass es das Laboratorium der Urkantone (LdU) gibt. Das LdU sichert mir einen gewissen Standard. Ich bin über die hohe Anzahl Beanstandungen erschrocken. Ich meine nicht jene Bagatellen von Beanstandungen, ob nun der Milchraum Plättli hat, oder ob der Landwirt zum Melken Gummistiefel getragen hat.

Ich bin über die grosse Anzahl von Kritiken erschrocken, welche von mikrobiologischen Überschreitungen von Keimzahlen berichten. Dies sind 32 Prozent bei der Milch, 11 Prozent bei den Milchprodukten (Käse, Joghurt, Quark und so weiter). Bei dieser Beanstandung gab es auch einen Hinweis auf Fäkalbakterien. Im Klartext muss ich sagen: Da wurden nach der Toilette die Hände nicht gewaschen! Solche Produkte werden uns verkauft. In gekochten Fleischerzeugnissen wurden 15 Prozent beanstandet. Das ist eine Schweinerei! Es geht weiter mit gekochten und feuchten Teigwaren mit mikrobiologischen Überschreitungen von 21 Prozenten. Als Konsument bin ich darauf angewiesen, dass diese Kontrollen gemacht werden, sonst wäre es viel schlimmer.

Das LdU ist für mich als Konsument eine wichtige Institution. Sie hilft mir und letztlich auch unserem Land und unseren produzierenden Betrieben, die Spreu vom Weizen zu trennen. Es dürfte ruhig auch bei den Produkten und bei den Restaurants vermerkt werden, wer beanstandet wurde und wer nicht.

Wallimann Hans, Landammann (CVP): Ich möchte betreffend des Badewassers im Seefeld Sarnen Auskunft geben.

Wir prügeln die Falschen, wenn wir sagen, die Zuständigen des LdUs seien viel zu kleinlich und verursachen Folgekosten von einer halben Million Franken.

Man müsste sich überlegen, ob es sinnvoll war, diese Rutschbahn mit dieser grossen Entfernung zum See zu erstellen? In den Röhren vom See zur Anlage können sich krankheitserregende Pseudomonas entwickeln. Diese Vorschrift wurde nicht vom LdU erfunden. Die Zuständigen des LdUs sind in einer Zwickmühle. Sollen sie diese Vorschriften umsetzen oder sollen sie diese Vorschrift nicht umsetzen. Man ist der Gemeinde Sarnen entgegengekommen und hat den weiteren Betrieb auf eine gewisse Zeit mit regelmässigen Wasserproben genehmigt. Bereits in der ersten Probe hat man 142 solcher krankheitserregender Pseudomonas festgestellt. Der Grenzwert für diese Keime liegt bei null.

Dem Betreiber dieses Freibades muss ich mitteilen, dass sie vorsichtig sein müssen, damit es nicht heisst: «Gehen sie nicht in dieses Freibad baden, weil man dort vom Wasser krank wird.»

Das LdU kann diese Vorschrift auch nicht umsetzen. Dann wird bald angeprangert, dass das LdU den Auftrag nicht erfülle. Ich will nicht, dass ein Kind in diesem Wasser krank wird. Das ist die Schwierigkeit eines Labors, welche eine Aufsichts- und Kontrollpflicht umsetzen muss. Nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis. Vielleicht hätte man mit einer intelligenteren Anlage direkt im See, diese halbe Million Franken nicht investieren müssen.

Jöri Marcel, Alpnach Dorf (CVP): Ich möchte das Votum von Landammann Hans Wallimann aufnehmen. Man soll sehr wohl die Arbeit des LdUs kritisch betrachten. Ich gehe aber nicht davon aus, dass das LdU sagt, wann diese Anlage saniert werden soll. Das LdU gibt ein Ziel von null Keimen vor. Ob ich nun eine halbe Million Franken investieren muss, bezweifle ich auf der fachlichen Ebene sehr. Es gibt auch andere Wege dieses Ziel zu erreichen. Wobei ich überzogen bin, dass es nicht eine halbe Million Franken kosten muss. In der Planung muss man kritisch sein und überlegen, wo noch Verbesserungen möglich sind. Was kann ich tun, damit ich andere Ingenieurskunst anwenden kann? Ich bin überzeugt, dass es Sanierungslösungen gibt, welche einen Bruchteil davon kosten. Die Interpretation der Keimzahlen ist immer eine Verhältnismässigkeit. Irgendwo gibt es Grenzen. In der Schweiz sind wir auf einem sehr hohen Level. Indikationen mit Beanstandungen von 10 bis 20 Prozent, heissen nicht, dass der Betrieb geschlossen werden muss. Es kann jeden mit mehr oder weniger hygienischen Problemen treffen. Eine Kontrolle zeigt den Stand der Hygiene. Jeder Verantwortliche weiss, wie er reagieren muss, wenn er solche Rückmeldungen hat.

Ich bin froh, als Konsument wie auch als Produzent, dass wir solche Kontrollen haben. Wenn wir dies nicht mehr haben, können wir unsere Produkte nicht mehr verkaufen.

Keiser-Fürrer Helen, Sarnen (CSP): Landammann Hans Wallimann hat diese Situation mit den Pseudomonas Keimen dramatisch geschildert. Im Gegensatz zur Milch, die vom LdU kontrolliert wird, wird das Wasser auf der Rutschbahn in der Regel nicht getrunken. Meine Kinder sind seit Jahren auf dieser Rutschbahn und erwischen hie und da einen Schluck Wasser. Es ist jedoch noch nie etwas passiert.

Berlinger Jürg, Wilen (Sarnen) (CVP): Im Zusammenhang mit diesen Bakterien bei der Wellenrutschbahn wurde auch ein Arzt konsultiert. Mit den heutigen technischen Mittel ist eine genaue Bestimmung des Stammes dieser Pseudomonas Aeruginosa möglich. Das dürfte jedoch ein sehr aufwendiges Vorgehen sein und eine eindeutige Zuweisung zum Herkunftsort kann

damit noch nicht garantiert werden. Daher stellt die Fachperson den Nutzen, beziehungsweise die Verwendbarkeit dieser Resultate in Frage.

Bei der Wellenrutsche ist es nicht üblich, dass die Benutzer den Kopf unter Wasser halten. Das Wasser im Auffangbecken ist so niedrig, dass bei der Mehrheit der Benutzer kein Wasser ins Ohr gelangt. Sollte ein Gast nur die Wellenrutschbahn benutzen, braucht es eine Verkettung mehrerer einzelner Ereignisse, dass eine Aussenohrentzündung entsteht. Diese Wahrscheinlichkeit wird als sehr gering eingestuft. Benutzt ein Gast die weiteren Bademöglichkeiten und hat er dabei den Kopf oft unter Wasser, ist er in diesen Becken für diese Bakterien anfälliger. Mit diesen auch in anderen Becken bestehenden Risiken beziehungsweise dem Baden in anderen Gewässern ist nachweisbar, dass die Bakterien vom Wasser der Wellenrutsche in Frage gestellt wurden. In den vergangenen vier Badesaisons hat ein Risiko für die Gäste bestanden. Dass dieses Risiko in der fünften Saison nicht höher ist als in den vergangenen vier Saisons, ist auch eine Tatsache.

Es gab schon verschiedene Voten und ich habe auch für diese ein gewisses Verständnis. Ich muss Ihnen sagen, dass ich den gesunden Menschenverstand immer mehr vermisste. Wenn man alles hinterfragt, was passieren könnte, weil man gewisse Auflagen nicht erfüllt, dann ist es in diesem Fall ein Tropfen auf den heissen Stein. Wenn diese Folgen mit Kosten verbunden sind, wie bei diesem Beispiel der Wellenrutschbahn mit einer halben Million Franken, dann bin ich gespannt was in Zukunft noch kommen wird. In diesem Fall werde auch ich mich in dieser Abstimmung meiner Stimme enthalten.

Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.

Detailberatung

Albert Ambros, Giswil (SP): Im Bericht zur Geschäftsprüfung lese ich auf der letzten Seite unter 2.4, Schlussbeurteilung: «... Es ergeben sich keine Kritikpunkte zur Geschäftstätigkeit des LdU. ...»! Dem kann ich nicht zustimmen. Nehmen wir den Jahresbericht und schlagen auf Seite 35 unter 3.2.12 Viehhandel auf. Da kann man nachlesen, dass 20 von 67 Viehhändlern die vorgeschriebene Fortbildungspflicht nicht erfüllt haben. Sie haben den Kurs nicht einmal besucht und sich auch nicht entschuldigt. Was ist passiert? Fast nichts, nur eine simple Ermahnung. Hätte man diesen Viehhändlern nicht das Viehhandelspatent entziehen müssen? Im Gegenzug wird manchmal ein einfacher Landwirt, wegen einer Kleinigkeit in «die Zange» genommen. Den Viehhändlern, die ihrer Pflicht nicht nachkommen, muss das Patent entzogen wer-

den! Es sind immer dieselben, die machen, was sie wollen. Das sind jene Viehhändler, die in Sursee beim Schlachthof das Vieh mit Hornseilen anbinden, die Halfter nicht zuknöpfen etcetera. Ich könnte noch viele Beispiele nennen. Ich als Landwirt bin nicht unglücklich, wenn diese Viehhändler vom Markt verschwinden. Wo hat das LdU hingeschaut? In Zukunft müsste man die Viehhändler bestrafen und diese nicht einfach weitermachen lassen. Den beiden Kommissionsmitgliedern Kantonsrat Sepp Bucher und Kantonsrat Walter Kuchler möchte ich dieses Anliegen weitergeben, und fordere sie auf, dieser Sache nachzugehen.

Wallimann Hans, Landammann (CVP): Zu diesem Anliegen mache ich nun den Spagat zum LdU. Es gibt eine neue gesetzliche Vorschrift. Die Ausbildungspflicht gilt nur für die gewerblichen Viehhändler. Dieses Patent wird für drei Jahre erteilt. Um dieses zu erhalten, müssen die Viehhändler sich Aus- und Weiterbilden. Weil dies eine neue Vorschrift ist, ist eine Kulanz notwendig, dass zum Beispiel eine Nachfrist gesetzt wird und anschliessend werden Massnahmen ergriffen. Das kann bis zum Entzug der Bewilligung gehen. Das ist ein adäquates Verhalten, welches der kantonstierärztliche Bereich hier angewendet hat.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: Mit 33 Stimmen ohne Gegenstimme (bei 19 Enthaltungen) wird vom Bericht der IGPK zum Jahresbericht des Laboratoriums der Urkantone 2014 Kenntnis genommen.

V. Parlamentarische Vorstösse

54.15.02

Interpellation betreffend Ersatz Wärmeverbund Sarnen.

Eingereicht am 10. März 2014 von Furrer Bruno, Lungern und 43 Mitunterzeichnenden.

Furrer Bruno, Lungern (CVP): Zuerst bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Ich möchte hier auch festhalten, dass ich kein Wärmeverbundsspezialist bin. Erlauben Sie mir trotzdem ein paar Gedanken zur Antwort des Regierungsrats zum Ersatz des Wärmeverbunds Samen. Der Ersatz steht in den nächsten Jahren an. Für eine Ersatzlösung steht nicht eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung. Möglich ist für mich eine Lösung mit Holzschnitzeln sowie allenfalls eine Wärmepumpe. Ei-

ne Öl- oder Gasersatzlösung ist für mich keine Option. Als Kanton mit sieben Energiestädten fördern wir bei Privaten den Ersatz von alten Ölheizungen durch Wärmepumpenanlagen mit öffentlichen Geldern und gleichzeitig prüft der Kanton für seine Ersatzlösung auch wieder eine Öl-Lösung. Das Energiekonzept lässt grüssen; das geht für mich gar nicht.

Globalisierung, das heisst weltweite Vernetzung im Finanzsektor aber auch im Energiesektor bringen uns mit ihren Abhängigkeiten in eine ungemütliche Lage mit nicht absehbaren Folgen. Abhängigkeit von fossilen Energieträgern mit mehr als problematischen Fördermethoden und aktuell problematischem Handel aus Kriegsgebieten in Syrien und Libyen. Demgegenüber steht unser nachwachsender CO₂-neutraler, einheimischer Rohstoff Holz. Wald haben wir und zusätzliches Holznutzungspotenzial auch. Dies alles hier im Kanton, sozusagen vor der Haustür. Zusätzliche Holznutzung heisst auch zusätzliche Wertschöpfung für unsere Forstbetriebe. Genutzte Wälder erfüllen ihre Schutzfunktion optimal. Ich bin mir bewusst, dass Holzwärmeverbünde hier im Parlament eher einen Negativeindruck hinterlassen haben. Mussten wir doch im Zusammenhang mit den Holzwärmeverbünden, welche durch das Elektrizitätswerk Obwalden (EWO) betrieben werden, hohe Abschreiber zur Kenntnis nehmen. Es gibt zum Glück aber auch andere Beispiele, zum Beispiel den Wärmeverbund Alpnach, welcher sehr gut funktioniert. Damit haben wir auch Anschauungsobjekte in der Nähe und müssen das Rad nicht neu erfinden. Zusätzlich haben wir auch die umfassende Studie zum Ersatz Wärmeverbund, welche mit Fr. 25 000.- Neue Regionalpolitik (NRP) Geldern vom Bund, Kanton und Gemeinde unterstützt wurde. Diese Studie hat die Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit einer Wärmeverbundanlage mit Holz nachgewiesen. Mit dem Kauf Werkhof Foribach wäre auch ein vorteilhafter Standort vorhanden.

Der Ersatz Wärmeverbund Spital steht an. Ohne mich ins operative Geschäft des Regierungsrats einzumischen, sollte man mit der Planung und der Realisierung des Ersatzes zügig vorwärtsmachen. Es kann nicht sein, dass man aus der Not heraus die alte Ölheizung durch eine neue ersetzt. Jetzt gilt es zu entscheiden:

- Ölheizung mit Abhängigkeit von fossiler Energie;
- Seekraftwerk mit diversen offenen Fragen;
- Holzwärmeverbund mit Holzschnitzel, unserem einheimischen Rohstoff.

Es gilt zu entscheiden über die Art des Wärmeverbundes. Es ist aber auch wichtig, dass die verschiedenen Interessengruppen, wie Kanton, Gemeinde Sarnen sowie Korporation Freiteil, gemeinsam am gleichen Strick ziehen. Dann bin ich überzeugt, dass dieses Projekt für alle zu einem Gewinn wird. Bei der Beant-

wortung der Interpellation des Regierungsrats habe ich gemerkt, dass der Regierungsrat je länger die Antwort wird, sich immer mehr mit einer Holzlösung anfreundet.

Auf Seite 3 oben steht noch: «Der Regierungsrat steht dem Projekt eines Holzenergie Wärmeverbundes nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber!» Auf Seite 4 steht dann im letzten Satz: «dass er (nämlich der Regierungsrat) einem Projekt mit einem Holzenergie-Wärmeverbund mit der Verwendung von Schwemmh Holz grundsätzlich positiv gegenübersteht». Das tönt doch schon viel optimistischer. Wäre die Antwort noch etwas länger ausgefallen, wäre der Holzwärmeverbund auf Seite 5 schon beschlossene Sache.

In diesem Sinne appelliere ich an den Regierungsrat das Projekt Ersatz Wärmeverbund mit einem Holzschnitzelwärmeverbund zügig voranzutreiben, damit alle Beteiligten am Projekt sowie alle potenziellen Kunden möglichst schnell Planungssicherheit bekommen.

Federer Paul, Regierungsrat (FDP): Wir machen bezüglich dem Ersatz des Wärmeverbunds zügig vorwärts. Es gibt nicht nur den Wärmeverbund beim Spital, sondern wir müssen noch andere im Blick behalten, wie das Polizeigebäude oder der Werkhof mit Privatwohnungen. Schnelligkeit ist das eine, das andere ist eine gute Lösung zu finden. Ich blicke zurück in den April 2015 betreffend das Logistikzentrum. Wir haben nach Aussagen des Kantonsrats im Regierungsrat zu wenig unternommen. Wir haben eine Lösung vorgeschlagen und ich, der Baudirektor, wurde zur Überprüfung nach Hause geschickt. Beim Wärmeverbund Geschäft sind wir auf einem sichereren Weg.

Am 16. Dezember 2014 hat der Regierungsrat ein erstes Mal über die Thematik Wärmeverbund eingehend diskutiert. Er hat Kenntnis genommen, dass die Zeitachse Ersatz Wärmeverbund dem Spital Spielraum für eine seriöse Planung zulässt.

Nach eingehender Diskussion hat der Regierungsrat beschlossen, das Projekt zwar weiter zu bearbeiten, jedoch zusätzliche Fragen beantworten zu lassen, Alternativen zu prüfen und weitergehende Abklärungen durchzuführen. Mit diesen Aufgaben wurde das Bau- und Raumentwicklungsdepartement beauftragt. Die Korporation Freiteil und die Residenz am Schärme, welche auch betroffen sind, wurden umgehend über die Entscheidungen des Regierungsrats ins Bild gesetzt. Zwischenzeitlich haben wir nicht geschlafen. Wir haben zum Beispiel ein Seewasserwerk geprüft. Diese Prüfung liegt seit Februar 2015 vor.

Der Regierungsrat hat am 16. Juni 2015 wie folgt entschieden: «Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement (BRD) wird beauftragt, das Geschäft «Wärmeverbund Sarnen» beförderlich zu behandeln. Der Re-

gierungsrat beurteilt die Beteiligung der Residenz «Am Schärme» am Wärmeverbund als zweckmässig.

Ein entsprechendes Kantonsratsgeschäft ist durch das Bau- und Raumentwicklungsdepartement – nach Abschluss der Verhandlungen mit den verschiedenen Partnern, welche umgehend einzuleiten sind – so rasch wie möglich vorzubereiten.

Der Korporation Freiteil ist umgehend mitzuteilen, dass weiterhin grosses Interesse an einem Wärmeverbund besteht. Zudem hat der Regierungsrat Parameter festgelegt, wie der Wärmepreis zu berechnen ist und welche Varianten, auch innerhalb einer Holzlösung, zu prüfen sind.»

Im Wesentlichen verweise ich auf die Beantwortung der Interpellation. Der Bericht der neuen Regionalpolitik (NRP), welcher sehr wertvoll ist, zeigt vor allem auf, dass man auch Alt- und Schwemmholz darin verwenden könnte. Es steht nicht im Raum, dass wir nun eine Öl-Lösung möchten. Man muss auch schauen, welche Alternativen vorhanden sind? Sie werden bald wieder über das weitere Vorgehen hören.

Kantonsrat Bruno Furrer verlangt eine Diskussion.

Abstimmung: Mit 33 zu 8 Stimmen (bei 11 Enthaltungen) wird einer Diskussion zugestimmt.

Berlinger Jürg, Wilen (Sarnen) (CVP): Mit verschiedenen geplanten Massnahmen aus dem Energiekonzept Obwalden 2009, einem Postulat für eine sinnvolle Verwendung von Schwemmholz im 2013, der Kantonsratsbeschluss zum Kauf Werkhof Foribach im 2014 und verschiedene Studien und Umsetzungskonzepte, die in der Zwischenzeit vorhanden sind, wäre eine ausgezeichnete Basis beim erweiterten Wärmeverbund mit einer Holzenergieanlage vorhanden. Auch bei der Standortfrage kristallisiert sich vor allem ein Standort als klarer Favorit heraus.

Anfangs 2014 haben Vertreter des Kantons, der Gemeinde Sarnen, der Korporation Freiteil, des Waldwirtschaftsverbandes Obwalden unter der Koordination des Regionalentwicklungsverbandes (REV) Sarneraatal beschlossen, eine Vorstudie in Auftrag zu geben. Dazu hat das Volkswirtschaftsdepartement im März 2014 die finanzielle Unterstützung im Rahmen eines NRP-Projekts zugesichert und eine entsprechende Beitragsverfügung erlassen.

Ziel dieser Vorstudie im 2014 war, einer künftigen Trägerschaft die nötigen Grundlagen für die rasche Realisierung einer neuen und innovativen Holzenergieanlage zu liefern und so die Nutzung des erneuerbaren Energieträgers Holz weiter zu fördern. Dabei soll die Wertschöpfung von Holz dank diesem Projekt für die gesamte Region gesteigert werden. Anstelle von weiten, ja zum Teil sehr weiten Transportwegen für die

Entsorgung von Holz in anderen Kantonen, bringen die ungenutzten Holzsortimente zusätzliche Wertschöpfung im Kanton Obwalden.

Die Förderung von wertschöpfenden und innovativen Projekten mit dem Potenzial «erneuerbare Energien, Energieträger Holz» ist übrigens als Schwerpunktthema im Umsetzungsprogramm NRP, Förderperiode 2013 bis 2015 aufgeführt. Dafür wurden gesamthafte Kantons- und Bundesmittel von Fr. 25 000.– budgetiert.

Die Projektgruppe, welche das NRP-Projekt im 2014 erarbeitet hat, bestand aus sehr ausgewiesenen Fachleuten von Korporation Freiteil, Waldwirtschaftsverband, einem Forstingenieur, REV, Amt für Wald- und Landschaft und Volkswirtschaftsdepartement. Es wurden die Bedürfnisse aus dem Holzenergiekonzept geschildert und festgehalten, dass neben der Ausschöpfung von noch brachliegendem Holzschnitzelpotenzial, im Kanton Obwalden es vor allem an Möglichkeiten zur Verwertung von Schwemm-, Ast-, Wurzel- und Astholz fehlt. Weiter wurde von einer Studie zum Wärmeverbund Kantonsspital berichtet, welche einen dringenden Erneuerungsbedarf in den nächsten fünf bis sieben Jahren aufzeigt. Die Gemeinde Sarnen ist heute schon Bezügerin beim Wärmeverbund und hat zusätzlichen Bedarf angemeldet. Die Korporation Freiteil erwähnt eine ausführliche Studie zum Thema Wärmeverbund welche aufzeigt, dass ein Bedarf eindeutig gegeben ist. Leider ist das Projekt bis jetzt an der Standortfrage gescheitert. Ein Umsetzungskonzept für einen erweiterten Wärmeverbund mit einer neuen Holzenergieanlage wurde erstellt, dass die verschiedenen Bedürfnisse ideal abdeckt und die Standortfrage für die geplante Anlage klärt. Dabei soll auf die vielen Erkenntnisse aus den bereits vorhandenen Studien zurückgegriffen werden.

Mit dem erfolgreichen Abschluss des NRP Projekts am 30. Juni 2014 und dem Vorliegen einer Studie wurde das Projekt Holzenergie-Wärmeverbund Sarnen abgeschlossen. Man sei einen grossen Schritt weitergekommen.

Gemäss den Ausführungen in der Interpellationsantwort, hat der Regierungsrat im Dezember 2014 von dieser Studie Kenntnis genommen.

Für den Regierungsrat ergeben sich daraus noch verschiedene Fragen und Unklarheiten, die noch zu beantworten oder auszuräumen sind, bevor die Planungen weitergeführt werden können. Ich zitiere aus der Antwort: «Neben dem Projekt eines neuen Holzenergie-Wärmeverbundes muss auch eine Sanierungslösung des bestehenden Wärmeverbundes geklärt werden.» Frage an den Regierungsrat, warum wurde beim Ersetzen der Anlagen des Wärmeverbundes im Bereich der Kälteerzeugung nur dieser Bereich angepasst und nicht eine komplette Sanierung vorgenommen?

Der Regierungsrat möchte eine Studie vom EWO über ein Seewasserwerk. Ich erwähne an dieser Stelle, dass man bei einem Seewasserwerk von Investitionskosten von 20 bis 25 Millionen Franken ausgehen kann, bei einem erweiterten Wärmeverbund, wie in Sarnen geplant, sind es etwa 6 bis 8 Millionen Franken. Für was brauchen wir eine weitere Studie zu einem Seewasserwerk, wenn die Bedürfnisse im Kanton Obwalden klar und deutlich in eine andere Richtung, nämlich der Holzverwertung, gehen?

Mich irritiert aus der Beantwortung im Punkt 3.1 folgenden Satz: «Der Regierungsrat steht dem Projekt eines Holzenergie-Wärmeverbundes nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber». Ich finde das tönt nicht gerade überzeugend, einen Wärmeverbund anzupacken. Nach dem Votum von Regierungsrat Federer von vorher, tönt es nun plötzlich viel positiver als in der Antwort des Regierungsrat zur Interpellation.

Das macht Freude und gibt Hoffnung das es vorwärts geht und somit das Schwemmholz aus dem Kanton Obwalden nicht mehr lange an einen Wärmeverbund im Kanton Uri und das Altholz nach Deutschland geliefert wird. Das riesige Potenzial von verschiedenen Holzarten muss im Kanton Obwalden genutzt respektive verwertet werden.

Ich danke dem Regierungsrat, wenn er im Projekt Holzenergie Wärmeverbund Sarnen vorwärts macht.

Rötheli Max, Sarnen (SP): Gespannt habe ich die Beantwortung der Fragen durch den Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Nachdem eine Arbeitsgruppe sehr intensiv eine Lösung eines neuen Wärmeverbundes mit der erstellten Studie geklärt hat, kann ich als Mitglied dieser Arbeitsgruppe die Vorgehensweise, die der Regierungsrat aufzeigt, nicht ganz nachvollziehen. In der Beantwortung der Interpellation hat der Regierungsrat die bis heute erfolgten Abklärungen mit einer Studie aufgezeigt. Ich bin immer davon ausgegangen, dass es klar ist, dass der Obwaldner Wärmeverbund zukünftig auf den Energieträger Holz setzt.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es geht nicht nur um die Versorgung von Kantonalen Liegenschaften. Einige andere potenzielle Neukunden haben ein Bedürfnis und das Interesse am Anschluss einer neuen Wärmeheizung bekundet, wie zum Beispiel die Seniorenresidenz «Am Schärme», der ganze Jänzipark oder auch Liegenschaften der Korporation. Eine einmalige Chance darf nun nicht verpasst werden, indem man andere Energieträger prüft und dadurch das Risiko eingeht, grosse Wärmeabnehmer zu verlieren. Jeder weitere Abnehmer trägt zur besseren Wirtschaftlichkeit der Anlage bei. Nutzen wir nun die Chance und setzen klar auf den Energieträger Holz. Holz haben wir genug in unserem Kanton. Regierungsrat Paul Federer hat vorhin erklärt, dass der Regierungsrat inzwischen

beschlossen hat, den Wärmeverbund speditiv zu einer neuen Lösung zu führen. Dafür danke ich dem Regierungsrat bereits heute.

Sigrist Albert, Giswil (SVP): Der neue Landammann Niklaus Bleiker hat in seiner Ansprache erwähnt, dass man über seine Nase hinausdenken soll. Das nehme ich wortwörtlich. Wenn ich auf mein Natel schaue, kommt eine Meldung und nun denke ich über die Nase hinaus: In Flensburg – Sie werden nun denken, dass dies nicht zum Thema passt, dem ist aber nicht so – ist die internationale Tagung der Forstvereine. Die Eröffnungsrede hielt der ehemalige Premierminister von Schweden, Göran Persson, mit dem Inhalt, die Forstwirtschaft habe alle Schlüssel für den globalen Klimaschutz. Auch der Papst hat sich dazu geäußert. Er meinte, man müsse Sorge zum Haus tragen. Er hat zwar nicht erwähnt, dass die Kirchen aus Holz gebaut werden müssen, sonst müsste der Vatikan in Rom stark umbauen.

Ich komme zurück zum Thema. Es gibt drei Bereiche, wo es sehr entscheidend ist unsere Wälder besser zu nutzen und Sorge zu tragen:

1. Der Holzzuwachs der Wälder bindet CO₂.
2. Holzprodukte speichern CO₂ während der Dauer ihrer Verwendung. Wenn Sie 400 Jahre alte Häuser sehen, dann haben wir 400 Jahre CO₂ gespart und gespeichert.
3. Holzprodukte ersetzen fossile Rohstoffe.

Das sind drei Gründe, weshalb man vermehrt auf Holz setzen sollte. Der neu gewählte Landammann hat auch erwähnt, dass man nicht zu fest Lobbyist sein dürfe. Ich hoffe, er verzeiht mir und ich werde mich in Zukunft bessern.

Es wäre eine ideale Situation in Obwalden. Wir haben im Baudepartement unter dem gleichen Dach die Forstwirtschaft und das Baudepartement. Ich habe immer gedacht, das sei für den Kanton Obwalden ideal. Denn jener der zur Forstwirtschaft schauen muss, ist auch für das Bauen zuständig. Logischerweise sollte dieser bei der Forstwirtschaft das Holz holen und bauen. Nur tut er dies jedoch nicht. Ich möchte erinnern, ich hatte beim Spitalneubau ein Vorstoss eingereicht, dass das neue Kantonsspital mit Holz gebaut werden soll. Dieser Vorstoss wurde vom Kantonsrat unterstützt aber nicht vom Regierungsrat weiterverfolgt. Es nützt nichts, wenn man sagt, man wolle etwas tun und nicht sagt wann. Das gibt mir zu denken. Deshalb unterstütze ich den Vorstoss von Kantonsrat Bruno Furrer sehr. Ich habe ihnen nun vorhin drei Gründe dazu erwähnt. Das ist ein weltweites Thema.

Es ist für mich auch eine Premiere, dass ich das erste Mal ein Votum vom Natel ablesen kann.

Ich bitte Baudirektor Paul Federer vorwärts zu machen in Sachen Holz, denn so viel Zeit bleibt ihm nicht mehr.

Ich hoffe, dass wir in Zukunft mehr Holz bauen und brauchen.

Dr. Spichtig Leo, Alpnach Dorf (CSP): Auch die CSP-Fraktion hat die Interpellation Ersatz Wärmeverbund Sarnen fast einstimmig unterschrieben. Wir danken dem Regierungsrat für seine Antwort. Ich möchte etwas «nachfeuern» ohne in das operative Vorgehen des Regierungsrats einzugreifen.

Eigentlich hätte Kantonsrat Josef Stalder für unsere Partei das Votum halten sollen, denn er ist unser Holz und Energiespezialist. Er musste sich gestern einer kleinen Operation in unserem Spital unterziehen. Stellen Sie sich vor, wie gut sich Kantonsrat Josef Stalder nach der gut verlaufenen Operation mit Holzwärme hätte erwärmen können. Dann würde er noch schneller gesund werden. Es geht ihm jedoch gut; ich habe heute Morgen mit ihm gesprochen. Nachhaltig haben wir ihn hier in unserem schönen guten Spital operiert; unser Rohstoff im Spital sind wir Menschen und diese verarbeitet man und hilft ihnen im Spital. Also machen wir es mit dem Holz genauso. Verarbeiten wir dieses in unserem Kanton.

Es geht mir um die Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft und der Natur. 1,29 Millionen Liter Erdöl könnten gespart werden. Soviel Erdöl würden 51 Tankwagen à 25 000 Liter Erdöl ergeben. Die graue Energie ist dabei nicht einberechnet, um dieses Erdöl hierhin zu führen. Es wurde bereits erwähnt, es braucht auch Energie, um unser Schwemholz und Abfallholz in einen anderen Kanton zu transportieren. Jeder gesparte Liter Erdöl führt zu einer besseren Gesundheit von uns Menschen und zu einer besseren Natur.

Eine kleine Rechnung: 50 Kantonsräte könnten 7743 Mal an eine der Kantonsratssitzungen fahren bei einem durchschnittlichen Weg von 20 Kilometern mit einem Auto, welches sechs Liter pro 100 Kilometer verbraucht. Wenn zwei Personen im Auto fahren würden, gäbe das immer noch 3780 Mal. Das gäbe 380 Jahre bei zehn Kantonsratssitzungen. Ob wir in 380 Jahren noch mit dem Auto fahren und genug Erdöl haben, ist eine andere Frage. Ich habe nur mit 50 Kantonsräten gerechnet, da ein paar Sarner Kantonsräte und unsere Kantonsratspräsidentin Ruth Koch-Niederberger und ich fast immer mit dem Velo an die Kantonsratssitzung fahren.

Wir sind der erste Kanton der sich rühmen kann, alle Gemeinden als Energiestadt qualifiziert zu haben. Vor jeder Gemeinde steht ein solches Schild an der Strasse. Zu diesem Alleinstellungsmerkmal müssen wir uns, wollen wir uns doch bekennen. Der Kanton muss mit gutem Beispiel vorangehen. Er muss Strategien aufzeigen und mutig solche alternative Energieversorgungskonzepte erarbeiten. Natürlich müssen Evaluationen getätigt werden. Er muss mit weiteren wichtigen

Energie-Abnehmern, Energie-Playern Gespräche führen, welche eben auch für die Öffentlichkeit tätig sind. Das kostet nichts, wenn man sich abspricht. Somit bitte ich den Regierungsrat auch im Namen der CSP-Fraktion wirklich alles daranzusetzen, ein gutes, nachhaltiges Energiekonzept für den Wärmeverbund auszuarbeiten. Ich bin überzeugt, dass es sich nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch lohnt.

Auch dies ist ein Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt und schlussendlich auch ein Beitrag zur besseren nachhaltigen Lebensqualität unserer Bevölkerung. Die Wertschöpfung wird damit auch gesteigert. Ich danke dem Regierungsrat, den Behörden und dem Departement bereits jetzt für die bevorstehende Arbeit.

Albert Ambros, Giswil (SP): Auch mich freut der letzte Satz in der Antwort des Regierungsrats besonders; insbesondere als Urheber des Postulats betreffend Schwemholz. Ich möchte nur mitteilen, dass wir in Giswil wieder Schwemholz hätten. Wir haben vor zwei Wochen circa 450 bis 500 Kubikmeter Schwemholz aus dem Sammler bei der kleinen Melchaa geholt. Man hat das Schwemholz in das Laui-Gebiet gebracht – Auengebiet wohlverstanden. Es gäbe verschiedene Verwendungen von diesem Schwemholz.

Man könnte hier den Gemeindehut anziehen und das Schwemholz in die Laui kippen. Das Holz würde in den Sarnersee geschwemmt und somit wäre es Sache des Kantons.

Es ist mir ein grosses Anliegen, eine Verwendung für das Schwemholz zu finden. Für die Korporationen im ganzen Sameraatal wäre es ein Vorteil.

Seiler Peter, Sarnen (SVP): Anlässlich dieser Interpellation möchte ich ein paar Punkte erwähnen, welche vom möglichen Projektpartner der Korporation Freiteil, wichtig zu kommunizieren sind. Es ist mir auch bewusst, bei Entscheidungen als Ratsmitglied der Korporation Freiteil in den Ausstand zu treten. Weil es eine Interpellation ist, erlaube ich doch etwas dazu zu erwähnen.

1. Die Korporation Freiteil bietet sich dem Kanton Obwalden als Projektpartner eines möglichen neuen Wärmeverbundes an.
2. Der Zweck der Partnerschaft soll sein, den einheimischen erneuerbaren Rohstoff Holz auch in minderer Qualität, wie zum Beispiel Schwemholz, sinnvoll und praktisch vor Ort zu nutzen. Somit müssen die Giswiler dieses Holz nicht mehr «wild» entsorgen oder auf Umwegen nach Sarnen verschiffen. Wir würden dieses Holz lieber mit dem Lastwagen abholen. Das ist auch

- ökologisch, wenn wir das Holz nicht mehr weit transportieren müssen.
3. Wie die ersten Studien und Berechnungen erstellt wurden, läuft eine solche neue Heizung darauf aus, dass diese kostendeckend und sich selbst-erhaltend betrieben wird. Das heisst weiter, dass wir keinen Gewinn anstreben. Das im Gegensatz zu sogenannten privaten Energiecontracter, welche dieses Heizungsgeschäft als Geschäft anbieten. Ich behaupte, dass diese Anbieter mit dem Strompreis pro Kilowatt höher gehen müssen, sie Gewinn machen wollen. Dies ist auch verständlich.
 4. Nun komme ich zum Problem: Bei einem grösseren Wärmeverbund in bestehendem Siedlungsgebiet, wie hier, haben wir jedes Mal das Problem, dass es für einige Kunden zu früh ist, weil sie bestehende gut funktionierende Anlagen haben. Man ersetzt nicht gerne eine funktionierende Anlage – auch wenn es eine Ölheizung ist – durch eine andere Anlage. Mit der bestehenden Anlage heizen ist meistens günstiger als wieder in etwas Neues zu investieren. Für die anderen kommt ein Wärmeverbund zu spät, weil das Heizsystem bereits erneuert werden musste, bis der Verbund Wärme liefern konnte.

Es ist egal zu welchem Zeitpunkt wir einen solchen Wärmeverbund erstellen können. Für einige ist es ein Durchhalten, weil der Zeitpunkt nicht ideal ist. Für solche Kunden bin ich dankbar. Wir unsererseits werden alles daran setzen einen attraktiven und günstigen Kilowattstundenpreis anbieten zu können.

Jöri Marcel, Alpnach Dorf (CVP): Weshalb wurde diese Interpellation, welche von vielen Ratsmitgliedern unterzeichnet wurde, eingereicht? Wohl nicht, weil es ein operatives Geschäft des Regierungsrats ist, sondern es liegt ein grosses öffentliches Interesse vor.

Ich möchte eine Aussensicht einbringen. Sie wissen vielleicht, dass ich im Wärmeverbund Alpnach mit der Holzschnitzelheizung eine grosse Innensicht habe. Ich kann erwähnen, dass dieser Wärmeverbund auf Erfolgskurs ist. Haben wir doch auch in diesem Jahr etwa ein Megawatt neue Kunden gewonnen, welche wir anschliessen können. Auch darunter gibt es Kunden, welche Ölheizungen in Überbauungen ersetzen, obwohl diese noch lange funktionieren würden.

Es gibt einen operativen Entscheid, welcher auf einem Projekt basiert. Wie ist der Projektauftrag, wie soll das Ergebnis sein? Wir haben in Sarnen das Thema des Wärmeverbundes bereits einmal behandelt. Dieser ist aus gewissen Gründen nicht entstanden und man hat nun Zwischenlösungen. Wenn so viele Köche an diesem Brei kochen, dann muss einer die Führung übernehmen. Es gibt so viele positive Aspekte, welche für

einen Holzwärmeverbund sprechen. Wichtig ist das Projektteam. Wir haben einheimische Planer und Handwerker, welche wissen, wie man so etwas umsetzt. Andernfalls erklären wir Ihnen gerne, wie dieses Projekt in Alpnach zum Erfolg geführt hat.

In der Antwort des Regierungsrats ist von der Wirtschaftlichkeit die Rede. Wir haben gehört, dass die Korporation Freiteil keinen Gewinn generieren will. Es wird langjährige Verträge mit 20 Jahren Dauer oder mehr geben. Das heisst, diese Anlage ist etwas Langfristiges. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man dieses Projekt umsetzen kann. Ich frage mich, weshalb die Korporation Freiteil diesen Wärmeverbund nicht selber erstellen will? Das ginge viel einfacher und effizienter. Man kann Vorschläge und Angebote machen, wie andere ihre Energien decken können. Auch dort gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wenn man in einem bestehenden Wärmeverbund Kunden gewinnen will, welche bereits eine Heizung haben, dann braucht es in der Projektorganisation eine Flexibilität. Was für mich zu wenig erwähnt wurde, ist die ganze Holzwirtschaft. Im Hochwasserschutz hatten wir viele Diskussionen mit grossen finanziellen Herausforderungen. Bekanntlich beginnt der Hochwasserschutz nicht mit der Verbauung von Bächen oder dem Bau eines Stollens, sondern mit den grossen Waldflächen, welche wir bei uns in Obwalden haben. Unsere Regierungsräte wissen, wie viel wir in die Waldpflege investieren. Der Fortwirtschaft geht es nicht besser als der Landwirtschaft. Die Preise auf dem Markt sind tief, die Nachfrage ist schlecht und im Bereich vom Energieholz ist keine grosse Nachfrage da. Für die Forstwirtschaft ist es aber wichtig, dass sie die Holzernte, das Energieholz, welches in Obwalden 50 bis 60 Prozent absetzen kann. Ein gesicherter Markt mit einem festen Absatz ist wichtig, damit diese Holzschläge auch kostendeckend sind. Das spart dem Kanton Geld ein, weil man mit denselben Beiträgen die grösseren Waldflächen pflegt und unterhält und somit auch einen Hochwasserschutz betreibt.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass dieses Projekt zügig voran geht nicht mit Studien in die Länge gezogen wird. Der Auftrag eines Holzenergie-Wärmeverbundes ist klar. Dieser kann ein Seewasserkraftwerk oder eine Grundwasserfassung nicht ersetzen. Dies hat mit der Kälteerzeugung nichts zu tun. Man soll einfach das Projekt Wärmeverbund verfolgen.

Ich bin überzeugt, dass der eine oder andere im Sinne der Sache über den Schatten springen muss. Dann kommen wir Vorwärts mit einem Vorzeigeprojekt, ein Alleinstellungsmerkmal, welches Obwalden einmal mehr an den Tag legen kann. Ich wünsche allen viel Erfolg dazu.

Reinhard Hans-Melk, Sachseln (FDP): In der zugestimmten Diskussion, welche ich nicht wollte, hört man eine Meinung. Ich versuche nun die andere Seite einzubringen.

Wir haben Gemeinden, Korporationen und die Holzwirtschaft gehört. Meine Stimme ist für den kostenbewussten Bürger.

Ich bin der Meinung ein Wärmeverbund mit einer Holzschnitzelheizung, insbesondere mit Schwemmholz, ist sinnvoll. Ich stehe hinter der Energiestadt oder Energiestaat Obwalden.

Eine Investition muss dann getätigt werden, wenn sie gebraucht wird und nicht wenn sie gewünscht wird. Wir haben eine Heizung, welche läuft, zwar nicht ganz ideal. Momentan brauchen wir aber keinen Ersatz und auch keine weitere Studie. Wir müssen einfach Abwarten und wenn es nötig ist reagieren.

54.15.03

Interpellation betreffend neue Regionalpolitik (NRP) Förderperiode 2016 bis 2019.

Eingereicht am 23. April 2015 von Berlinger Jürg, Sarnen, und Kaufmann-Hurschler Cornelia, Engelberg und Ettlin Markus, Kerns.

Berlinger Jürg, Wilen (Sarnen) (CVP): Das kantonale neue Regionalpolitik (NRP) Umsetzungsprogramm ist eine operative Programmplanung der Kantone für die NRP-Bundesmittelzuteilung der nächsten Förderperiode zuhanden des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), lesen wir aus der Antwort des Regierungsrats. Warum wurde zum Beispiel der Gewerbeverband Obwalden mit dieser Vernehmlassung als einer von vielen Interessensvertreter bedient und andere nicht? Bei der Wirtschaftsstrategie des Kantons war seit Beginn des ersten kantonalen Umsetzungsprogramms von zentraler Bedeutung, dass das Programm auf die wichtigsten wachstums- und raumwirksamen kantonalen Strategien abgestimmt ist. Dabei werden Bereiche aus der Langfriststrategie und der Amtsdauerplanung des Regierungsrats entnommen, welche der Kantonsrat jeweils zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Im kantonalen Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik Artikel 1, Grundsätze steht: «Kanton und Gemeinden fördern günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und gute Wettbewerbsvoraussetzungen für die Betriebe.»

Im Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik des Kantons Obwalden wird im Artikel 8, Bereitstellen der finanziellen Mittel, Absatz 1 festgehalten, dass der Kantonsrat im Staatsvoranschlag abschliessend den Rahmen der zur Verfügung stehenden Leistungen nach Artikel 3 Massnahmen des Kantons, festlegt. Somit hat der Kantonsrat als Vertreter der politischen

Parteien die Möglichkeit, im Rahmen des Staatsvoranschlags sich in den einzelnen Bereichen zu äussern.

Die politischen Parteien müssen in Zukunft in dieses für unseren Kanton sehr wichtige Thema dem NRP miteinbezogen werden. Dies würde auch bedeuten, dass für den Regierungsrat ein entsprechendes Programm mit verschiedenen zukunftsweisenden Projektideen bereits frühzeitig durch die politischen Parteien zur Kenntnis genommen wird. Dies gibt dem Regierungsrat die Gewissheit, dass im Rahmen einer breit abgestützten Vernehmlassung, die politischen Parteien bereits frühzeitig involviert wurden und die Projektideen entsprechend mitgetragen werden. Nun ist diese Vernehmlassungsfrist zum dritten kantonalen Umsetzungsprogramm zur neuen Regionalpolitik am 5. Juni 2015 abgelaufen, ohne dass man die politischen Parteien über folgende Projektideen in Kenntnis gesetzt hat:

- Machbarkeitsstudie über eine Verbindung der Skigebiete Melchsee-Frutt, Titlis, Hasliberg;
- Verbindungsprojekt Mountainbike Region Unterwalden, mit Verbindungen zu benachbarten Gebieten wie Hasliberg, Sörenberg, Uri;
- Studie über eine nachhaltige touristische Nutzung der Infrastruktur und über die touristischen Potenziale am Glarnerberg, Unterstützung einer Erneuerung der bestehenden Infrastruktur;
- Zur Linderung des Fachkräftemangels, zum Beispiel mit dem Einrichten einer öffentlichen Werkstatt oder Sensibilisierungs- und Imageveranstaltungen Lehrberufe, Wertschätzung für Lehre in der Schule fördern.

Der Kantonsrat als Vertreter des Volkes und den politischen Parteien, setzt sich aus einer grossen Vielfalt von Interessensvertretern zusammen. Darum müsste man aus unserer Sicht die Möglichkeit haben, in eine für den Kanton und seiner Weiterentwicklung wichtigen Vernehmlassung miteinbezogen zu werden. Was würde es auf den Kopf stellen diese Vernehmlassung, auch wenn sie aus der Sicht des Regierungsrats die operative Ebene anspricht, möglichst allen Interessensvertretern und Parteien zuzustellen?

Der Einbezug der Gemeinden in die Vernehmlassung, wie im Kanton Obwalden der Fall, wird auf Grund ihrer finanziellen Beteiligung, in der Regel mit mindestens 20 Prozent an der kantonalen Leistung, vom Regierungsrat begründet. Gerade aufgrund dieser Tatsache hätte es doch auch Sinn gemacht, die politischen Parteien zur Vernehmlassung einzuladen, da letztlich der Kantonsrat mit seinen Vertretern der politischen Parteien auch über die Finanzierung einzelner Projekte entscheiden muss. Es macht von daher genau dort auch Sinn, diese Vertreter frühzeitig mit ins Boot zu holen, beziehungsweise deren Meinung abzuholen. So kann man schon in diesem Stadium ausloten, wie wel-

che Projekte politisch mitgetragen werden oder eben auch nicht.

Bleiker Niklaus, Landstatthalter (CVP): Ich möchte mich vorab bedanken, dass meine in meiner Antrittsrede geäusserten Wünsche so umgesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass es das ganze Jahr anhalten wird.

Grundsätzlich sind die Vorgaben, welche Kantonsrat Jürg Berlinger gelesen hat, auf kantonaler Ebene richtig. Die Basis für das Umsetzungsprogramm, welches im Entwurf vorliegt, ist die Langfriststrategie und die Amtsdauerplanung. Beide Werke wurden vom Kantonsrat verabschiedet. In dieser Umsetzungsstrategie verabschieden wir keine Zukunftsprojekte. Wir machen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und wie es im Bundesgesetz steht: «Die Kantone haben zusammen mit den regionalen Geschäftsstellen und regionalen Akteuren, wie zum Beispiel ein Gewerbeverband und ihren Entwicklungsträgern, einen Vorschlag zu machen, welche Projekte in Angriff genommen werden könnten.» Die Vernehmlassung ist nun abgeschlossen. Der Regierungsrat hat diese noch nicht zur Kenntnis genommen. An der nächsten Sitzung wird der Regierungsrat diese zur Kenntnis nehmen und als Entwurf weiterleiten. Ein Entwurf deshalb, weil nicht wir, sondern das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) zum Verabschieden zuständig ist. Erst wenn das SECO die Zustimmung erteilt hat, ist dies ein Instrument, mit dem man arbeiten kann. Ab diesem Zeitpunkt beginnen die politischen Mühlen zu laufen. Wir können nicht selber irgendwelche Projekte umsetzen. Es braucht einerseits den Budgetkredit vom Kantonsrat und andererseits die politische Diskussion, um einzelne Teile umzusetzen. Ich finde es persönlich schade, dass man in der Begründung der Interpellation einen Presseartikel erwähnte. Anwesende Pressevertreter sind ausgenommen. Aber es stimmt nicht immer alles was in der Zeitung gedruckt ist. Eine Rückfrage, wie der richtige Ablauf ist, hätte viel zur Klärung beigetragen. In diesem Sinne sind Sie an der Mitwirkung nicht ausgeschlossen, weil man nur Projekte der Langfriststrategie und Amtsdauerplanung übernommen hat und andererseits sind alle Projekte mit politischer Relevanz dem Kantonsrat vorzulegen.

Berlinger Jürg, Wilen (Sarnen) (CVP): Ich beantrage im Namen der Erstunterzeichnenden sowie der CVP-Fraktion über eine Diskussion abzustimmen.

Abstimmung: Mit 24 zu 16 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) wird eine Diskussion abgelehnt.

Ratspräsidentin Koch-Niederberger Ruth, Kerns (SP): Es freut mich, dass sich so viele Personen zu meiner Kantonsratspräsidentinnenfeier in Kerns angemeldet haben. Wir treffen uns um 16.45 Uhr im Pfarreizentrum in Kerns zum feierlichen Einzug zur Turnhalle Büchsmatt zum Volksapéro. Ab 19.00 Uhr ist für die geladenen Gäste das Nachtessen im Sportcamp Melchtal. Zum Tenü: Man kann auch nach Draussen gehen, wo gekocht und am Feuer Cheli gemacht wird. Man kann eine Jacke mitnehmen. Eine Krawatte braucht es an diesem Abend nicht unbedingt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr.

Im Namen des Kantonsrats

Kantonsratspräsidentin

Ruth Koch-Niederberger

Ratssekretärin:

Frunz Wallimann Nicole

Das vorstehende Protokoll vom 19. Juni 2015 wurde von der Ratsleitung des Kantonsrats an ihrer Sitzung vom 22. Oktober 2015 genehmigt.